

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

## und Anzeiger

Erscheint jeden Wochentag nachmittags. — Fernspr. Nr. 11. Postkontonummer Leipzig 23 464. — Gemeindegeldkonto 14. — Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Unterlangt eingekaufte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einblendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konkursen, Vergleichs usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermisdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichensbach, Callenberg, Grumbach, Eirsheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wästenbrand, Grünau, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Ruppertsdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 167

Der Preis der einwöchigen Anzeigen beträgt 1/2 Mark. Der Preis der einmonatlichen Anzeigen beträgt 4 Mark. Der Preis der einjährigen Anzeigen beträgt 40 Mark. Für den Nachdruck werden 10 Goldmarken berechnet.

Mittwoch, den 20. Juli 1927

Bezugspreis halbjährlich 20 Goldmarken einschließlich Frachtkosten.

77. Jahrg.

## Herr Hörning und die Revolution in Wien

Von unserem Berliner Vertreter

Berlin, 20. Juli

Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Hörning, hat wieder einmal einen Aufruf an das Reichsbanner und alle Republikaner erlassen, der in seinen entscheidenden Stellen folgenden Wortlaut hat:

„Ein österreichisches Gericht in Wien hat faschistische Mörder freigesprochen. Eine Explosion des Volkszornes war die Folge. Unerhörte Maßnahmen der Polizei gaben disziplinenlose und verbrecherische Elemente die Möglichkeit, durch Brandstiftung und ähnliche Untaten das Ansehen der österreichischen Republikaner zu gefährden. Die Hilflosigkeit der österreichischen Regierung hat das Unmögliche zu einer Katastrophe werden lassen und dann unsere Kameraden vom österreichischen Schutzbund zu Hilfe gerufen, die in heroischen Kämpfen das Chaos verhielten, die Unruhen lokalisierten und Blutvergießen beendeten haben. Den Kameraden vom republikanischen Schutzbund Österreich dankt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für seine Tat, die dem inneren und äußeren Frieden dient. Wir geloben dem Schutzbund unverbrüchliche Treue und Freundschaft und sichern ihm volle Unterstützung zu. Die von Spitzeln durchgeführten faschistischen und kommunistischen Organisationen suchen auch in Deutschland Unruhe zu stiften, um dann im Trüben zu fischen, was sich aus vielen Nachrichten der letzten Tage ergibt. Wir warnen klar und eindeutig, es nicht zu versuchen, die österreichischen Vorkommnisse in Deutschland zu wiederholen. Unseren Kameraden aber rufen wir zu: Haltet unsere Reihen sauber, stützt die Disziplin!“

Unser Berliner Vertreter hatte Gelegenheit, eine offizielle Persönlichkeit zu befragen, welchen Eindruck diese Kundgebung in österreichischen amtlichen Kreisen gemacht hat. Er teilt uns über diese Unterhaltung das Folgende mit:

Der von mir befragte Herr machte kein Hehl daraus, daß die Kundgebung des Reichsbannerführers Hörning in den Kreisen der österreichischen Botschaft das lebhafteste Befremden und Erstaunen hervorgerufen. Der Wortlaut der Kundgebung ist, wie ich erfahre, sofort nach Wien telephoniert worden. Ob die österreichische Regierung Veranlassung nehmen wird, beim preußischen Staatsministerium wegen dieser Kundgebung eines preußischen Oberpräsidenten vorstellig zu werden, steht noch nicht fest, da sich diese Behauptungen, wie mir gesagt wurde, „von selber richten“. Sie sind durch die Tatsachen längst überholt, da ja auch bereits sozialdemokratische Blätter zugegeben haben, daß die Regierung Seipel einen vollständigen Sieg errungen habe. Unter diesen Umständen könne wirklich nicht mehr von der „Tatenlosigkeit“ der Regierung Seipel, gesprochen werden, wie dies Herr Hörning in seinem Aufruf getan hat.

Auf meine Frage, ob Österreich nicht die scharfen Angriffe, die Hörning gegen die Wiener Polizei gerichtet hat, offiziell zurückweisen würde, wurde mir geantwortet, daß das kaum noch nötig sei. Das Kabinett Seipel habe noch während des Generalstreikes der Polizei für ihr Verhalten Dank und Anerkennung ausgesprochen und damit offiziell kundgetan, daß sich die Regierung mit der Haltung der Polizei identifiziere. Der Schutzbund hat, nach Ansicht der von mir befragten Stelle, vollständig versagt.

Zusammenfassend kann der Eindruck, den die Hörning-Kundgebung auf amtliche österreichische Kreise gemacht hat, nach den Darlegungen mei-

nes Gewährsmannes so aufgefaßt werden, daß sie der Ansehensbewegung wirklich nicht dienlich gewesen ist.

Ueber die politische Lage in Österreich wurde mir folgendes mitgeteilt:

Die Parteileitung der Christlich-Sozialen tritt aller Voraussicht nach am Freitag zusammen. Die sozialdemokratischen Führer haben den Sonnabend für entscheidende Besprechungen in Aussicht genommen. Das Parlament selbst wird also erst am Anfang der nächsten Woche zusammengetreten. Ob sich eine Mehrheit für die sozialdemokratischen Forderungen, den Hauptauschluß des Nationalrates mit weitgehenden Befugnissen auszustatten, finden wird, gilt als sehr ungewiß. Es wird betont, daß Bundeskanzler Seipel sich in dieser Hinsicht keineswegs berückichtigt hat und kaum seinen Einfluß für den sozialdemokratischen Vorschlag geltend machen wird. Bei allen Kombinationen muß jedenfalls berücksichtigt werden, daß in ganz Österreich eine kaum noch zu überbietende Erbitterung gegen die Hauptpartei besteht.

In deutschen politischen Kreisen beschäftigte man sich gestern viel mit einer Kundgebung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von Hermann Müller, Wels und Crispian unterzeichnet ist und in der zum Ausdruck kommt, daß die deutsche Sozialdemokratie das Vorgehen der österreichischen Sozialdemokraten voll und ganz billigt. Viel beachtet wird auch ein blutdürstiger Artikel in der „Roten Fahne“, in dem die deutschen Arbeiter dazu aufgefordert werden, anläßlich der heute stattfindenden Beerdigung der in Wien im Straßentampfen Gefallenen um 2 Uhr die Arbeit für eine Viertelstunde niederzulegen.

### Eine „kleine Anfrage“

Berlin, 19. Juli

Der volksparteiliche Abg. Buchhorn hat im preußischen Landtage folgende kleine Anfrage eingebracht: Nach dem „Berliner Tageblatt“, Nr. 336 vom 19. Juli 1927 hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Otto Hörning, als Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold einen Aufruf an diese Vereinigung gerichtet, in dem er angesichts der letzten Ereignisse in Wien der österreichischen Bundesregierung „Hilfslosigkeit“ vorwirft, die „das Ansehen einer Katastrophe haben werden lassen“. Ich frage an: „Ist die Staatsregierung damit einverstanden, daß ein Mann, der ein hohes preussisches Amt verwaltet, in dieser Weise Werturteile über eine uns befreundete Regierung fällt, die diese auf das tiefste verletzen müssen, und die geeignet sind, in den Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich Schaden anzurichten?“

Die Bilanz: 100 Tote, 1000 Verwundete, 300 Verhaftete

Wien, 19. Juli

Wie der Sonderberichterstatter des WTB erzählt, ist die Zahl der Toten nunmehr auf 100 angewachsen. Es ist auch damit zu rechnen, daß noch eine Reihe von Verwundeten stirbt. Die Gesamtzahl der Verwundeten wird jetzt, nachdem die Feststellungen genauer sind, auf etwa 1000 angegeben.

Bisher befinden sich mehr als 300 Personen in Untersuchungshaft. Von denen während der Straßennunruhen verhafteten Personen, die bis gestern abend eingeliefert wurden, sehen 75 der Beurteilung entgegen.

### Einberufung des Nationalrates

Wien, 18. Juli

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hat an den Präsidenten des Nationalrates Niklas ein Schreiben gerichtet, in dem er auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung die Einberufung des Nationalrates für Montag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, verlangt. Der Präsident hat im Sinne dieser Eingabe die Einberufung der Sitzung verfügt.

### Hat Seipel mit militärischer Hilfe der Nachbarstaaten gedroht?

Berlin, 19. Juli

Um 12,32 Uhr nachts wurde die erste Fernverbindung Berlin-Wien wieder hergestellt. Die bedingungslose Beendigung des Verkehrsstreiks in Wien ist auch dort ganz überraschend gekommen, und zwar, wie jetzt zuverlässig verlautet, erst auf die Ankündigung des Bundeskanzlers, daß er die Nachbarstaaten um militärische Wiederinbetriebsetzung der österreichischen Verkehrsmitel ersuchen werde. Dieser Schritt sollte heute offiziell erfolgen, und die militärischen Rüstungen an der österreichischen Grenze waren auf die vorbereitenden Schritte Seipels zurückzuführen.

### Um unsere Reichswehr

Unsere Antwort an Belgien

Berlin, 19. Juli

Das belgische Ministerium des Auswärtigen hatte der deutschen Gesandtschaft in Brüssel am 14. d. Mts. auf ihre Beschwerde wegen der vom Kriegsminister de Broqueville im Senat gehaltenen Rede ein Memorandum übermittelt, in dem de Broqueville die Vorwürfe zu rechtfertigen versucht, die er gegen Deutschland Verpflichtungen erhoben hat. Die deutsche Regierung erwiderte darauf ihrerseits mit einem — von uns bereits gestern inhaltlich wiedergegebenen — Memorandum, in dem es u. a. heißt:

Die von de Broqueville erwähnte Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom Februar 1925, die Zweifel an der Innehaltung der vorgeschriebenen Grenze für die vorzeitigen Entlassungen aus der Reichswehr zum Ausdruck bringen soll, ist der deutschen Regierung nicht bekannt. Dagegen wurde in der an die deutsche Regierung gerichteten Kollektivnote vom Juni 1925 gefordert, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Innehaltung der Grenze für die vorzeitigen Entlassungen sicherzustellen. Bei den Verhandlungen darüber hat die deutsche Regierung von Anfang an betont, daß der festgesetzte Prozentsatz von fünf vom Hundert strikt eingehalten werde. Die Verhandlungen führten zum Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten vom Dezember 1926. Die Botschafterkonferenz hat daraufhin in ihrer Note vom 31. Januar 1927 anerkannt, daß hierdurch die Frage in befriedigender Weise geregelt sei.

Die de Broqueville zugegangenen Informationen sind völlig aus der Luft gegriffen. In den letzten Jahren ist beim deutschen Heere noch nicht einmal der Prozentsatz von fünf vom Hundert erreicht worden. Damit steht auch die von Herrn de Broqueville zitierte Erklärung des Herrn Reichswehrministers vor dem Reichstag keineswegs in Widerspruch. Wenn de Broqueville daran Anstoß nimmt, daß im vorigen Jahre zwölf Prozent der Gesamtstärke der Marine entlassen und neu eingestellt worden sind, so übersieht er dabei, daß es sich hier nicht nur um die vorzeitigen, sondern in erster Linie um die regulären, nach Erfüllung einer

zweijährigen Dienstzeit eintretenden Entlassungen handelt. Da die frühere Dienstzeit gemäß den Vereinbarungen mit der Interalliierten Kontrollkommission zur Anrechnung gelangt, ergibt eine einfache Rechnung, daß für die regulären Entlassungen jährlich 8 1/2 Prozent, für alle Entlassungen plus 5 Prozent und demnach 13 1/2 Prozent in Frage kommen. Der beantragte Prozentsatz von zwölf vom Hundert für das Jahr 1926 liegt also unterhalb der zulässigen Grenze. Was die Neuerungen des Herrn Abgeordneten Könneburg im Reichstag angeht, so ist de Broqueville bei ihrer Zitierung ein Irrtum unterlaufen. Der Abgeordnete hat nach dem stenographischen Bericht keineswegs behauptet, daß jährlich 15 000 Entlassungen aus der Reichswehr stattfinden. Er hat vielmehr ausdrücklich hervorgehoben, daß die von ihm erwähnten 15 bis 20 000 Versorgungsanwärter seit langem, zum Teil seit Jahren auf eine zivile Anstellung warten. Aus dem Vorstehenden ergibt sich bereits, daß die weitere Behauptung des Herrn de Broqueville, Deutschland sei gegenwärtig in der Lage, die Bestände der Reichswehr von heute auf morgen zu verdreifachen, ganz abwegig ist. Im übrigen bestehen gar keine Einrichtungen, die der Reichswehr die Möglichkeit geben, entlassene Mannschaften noch zu einer militärischen Verwendung heranzuziehen.

Der belgische Kriegsminister hebt hervor, daß die Kosten für den Unterhalt der Reichswehr sehr beträchtlich seien. Dies ist richtig, widerspricht jedoch in keiner Weise dem Vertrage von Versailles. Wie bereits der deutsche Delegierte bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf dargelegt hat, ist die von der deutschen Regierung selbst am meisten beklagte Kostspieligkeit der Reichswehr eine Folge des durch den Vertrag von Versailles vorgeschriebenen Systems. Immerhin ist hervorzuheben, daß auch bei den von Herrn de Broqueville angegebenen Budgetzahlen wiederum ein recht erheblicher Irrtum vorliegt. Das Budget der Reichswehr stellt nicht 6 Zehntel desjenigen für 1913 dar. Die richtigen Zahlen sind vielmehr folgende: Heeresausgaben für 1913 1 534 604 565 M., Voranschlag für 1927 479 744 470 M. Berücksichtigt man die oben erwähnten Gründe für die Mehrausgaben bei der Reichswehr, sowie die seit 1913 eingetretene Geldentwertung, so sind die für 1927 vorgesehenen Ausgaben des Reichswehrbudgets als durchaus begründet anzusehen. Hierdurch werden die von Herrn de Broqueville erwähnten Einzelheiten ohne weitere erledigt.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die Erhöhung des Marinebudgets für 1927 im Vergleich zu demjenigen des Jahres 1924 darauf zurückzuführen ist, daß der Etat für 1924 einen Notetat darstellte, der mit einer auf die Dauer nicht vertretbaren Knappheit aufgestellt war, weil bei der damals völlig unklaren Finanzlage nur die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden konnten. Vor allem sind aber die Ausgaben für den neuen Etat deswegen besonders hoch, weil für den nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles erforderlichen Neuaufbau mehrerer Kreuzer Bauarbeiten angefordert werden mußten.

Zusammenfassend muß hier festgestellt werden, daß die Nachrichten, auf die sich Herr de Broqueville beruft, jeder Grundlagentüchtigkeit beraubt sind. Sie stehen mit dem offenkundigen Sachverhalt und überdies auch mit den Feststellungen der Interalliierten Militärkontrollkommission und der Botschafterkonferenz in direktem Widerspruch. Die deutsche Regierung muß es auf das Lebhafteste bedauern, daß Herr de Broqueville dies trotzdem öffentlich vor dem belgischen Parlament verwertet und damit ganz allgemein die deutsche Regierung in Verbindung mit der deutschen Regierung muß hiergegen auf das entschiedene